

JA zu Bayerns Städten Gemeinden und Landkreisen.

BayernSPD Landtagsfraktion
Anforderungen an eine kommunalfreundliche Landespolitik

Helga Schmitt-Bussinger, MdL
Inge Aures, MdL
Reinhold Perlak, MdL
Harald Schneider, MdL
Arbeitskreis für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit
Klausurtagung Irsee
14. Januar 2009



Bayern,
aber gerechter.

JA zu Bayerns Städten, Gemeinden und Landkreisen

- **Teil I:** Die Bayerische Staatsregierung ist nie gut mit ihren Städten und Gemeinden, Landkreisen und Bezirken umgegangen. Die Finanzausstattung durch das Land stimmt nicht. Die Entwicklung über die Jahre hinweg zeigt: Immer mehr Aufgaben bei immer weniger Geld.
- **Teil II:** Wer von der FDP, dem neuen Koalitionspartner der CSU, eine Initiative zu mehr Kommunalfreundlichkeit erwartet hat, wurde schon sehr früh enttäuscht. Der Koalitionsvertrag zwischen CSU und FDP deckt auf, dass sich nichts ändert. Und wenn doch, geht es in die falsche Richtung.
- **Teil III:** Unser Verständnis von Landespolitik ist, dass sie kommunalfreundlich ist. Bayern muss dafür sorgen, dass es seinen Kommunen gut geht. Das heißt an erster Stelle: mehr Geld. Dazu gehört aber auch das Bekenntnis zur kommunalen Selbstverwaltung und die Erkenntnis, dass die Kommunen selbst am besten wissen, was gut für sie und ihre Bewohnerinnen und Bewohner ist.
Dazu unsere Forderungen in 10 Bereichen.

Das haben Bayerns Kommunen nicht verdient.

- **Investitionskraft geschmälert.**
Die Investitionsquote des Freistaates, die 1993 21,6 % betrug, ist 2008 auf 13,4 % zurückgegangen, 2009 wird sie auf 12,5 % sinken. Die Kommunen, obwohl mit zwei Drittel der öffentlichen Investitionen größter öffentlicher Auftraggeber, können diesen Rückzug nicht auffangen. Denn Bayern – sonst so gerne Spitzenreiter – ist im Bundesvergleich bei den Finanzmitteln für die Kommunen weit von der Spitze entfernt.
- **Der Goldene Zügel.**
Besonders gering fallen in Bayern die frei verfügbaren Mittel für die Kommunen aus. Ist es Misstrauen? Jedenfalls will die Staatsregierung die Kontrolle nicht aufgeben und regiert mit dem Goldenen Zügel in die kommunale **Selbstverwaltung** hinein.
- **Das Konnexitätsprinzip.**
CSU und Staatsregierung haben sich mit Händen und Füßen dagegen gesträubt, dass das Konnexitätsprinzip in die Bayerische Verfassung aufgenommen wird, also das Prinzip: Wer anschafft, muss auch zahlen. Nun ist es da, und muss immer wieder neu erkämpft werden.

Wenn der Freistaat zur Last wird.

- **Säumiger Zahler.**
Die Kommunen können ein Lied davon singen. Da sind staatliche Zuschüsse genehmigt, die kommunalen Projekte werden errichtet. Doch die zugesagten Zuschüsse werden oft erst nach Jahren ausbezahlt. Die Kommunen sind auf teure Zwischenfinanzierungen angewiesen. Beispiele gibt es genug: im Hochwasserschutz, im Straßenbau, bei Wasser- und Abwasseranlagen, in der gesamten Energiebereitstellung.
- **Aufgaben abgeschoben.**
Immer wieder schiebt der Freistaat Verantwortung an die Kommunen ab, lässt sie aber dann mit der Finanzierung allein. Beispiele sind das Bildungsabenteuer G 8, die Bezahlung der Schulwegkosten, die Finanzierung schulischem Mittagessen und von Lehrpersonal an kommunalen Schulen.
- **Keine Hilfsbereitschaft.**
Wenn die kommunale Ebene mit Aufgaben betraut wird, die eigentlich die Grenze der einzelnen Gemeinde sprengen, die sinnvoller vom Land aus betreut und koordiniert werden, hält sich der Freistaat vornehm zurück. Die Kommunen stehen beispielsweise allein im Kampf gegen Lärm und Feinstaub.

Wenn der Freistaat zur Last wird.

Und jetzt der Koalitionsvertrag... ... ein Trauerspiel.

Trauerspiel Koalitionsvertrag 1: Die finanzielle Basis der Kommunen wird weiter geschwächt.

Das besagt der CSU/FDP-Koalitionsvertrag:

- Die Gewerbesteuer ist nicht gesichert. Bayern wird im Bundesrat nicht mehr für die Gewerbesteuer eintreten.
- Wegen der Belastungen aus den Landesbankverlusten werden die Sparkassen und damit ihre Kommunen spürbar belastet und geschwächt.
- Weitere Aufgaben werden den Kommunen zugeteilt, ohne dass es entsprechende Finanzmittel gibt.
- Von einer Erhöhung der Verbundmasse – wie den kommunalen Spitzenverbänden zugesagt – ist keine Rede mehr.

Trauerspiel Koalitionsvertrag 2: Schul- und bildungspolitische Verbesserungen nur auf Kosten der Kommunen.

Das besagt der CSU/FDP-Koalitionsvertrag:

- Der Ausbau der Ganztagschulen und der Kinderbetreuung soll wohl erfolgen, ohne dass die Kommunen verstärkte finanzielle Unterstützung erhalten.
- Die Aussagen zu den kommunalen Schulen und ihrer Personalfinanzierung bleiben – im Vergleich zu Privatschulen – allgemein und unverbindlich.
- Jugendsozialarbeit an Schulen heißt, die Kosten bleiben bei den Kommunen.
- Der Erhalt der Dreigliedrigkeit des Schulsystems führt zu weiterem Schulsterben; vor allem die Hauptschulen sind betroffen.

Trauerspiel Koalitionsvertrag 3: Verantwortung im Bereich Familienpolitik und Jugendschutz wird ohne ausreichende Finanzmittel den Kommunen übertragen.

Das besagt der CSU/FDP-Koalitionsvertrag:

- Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder von 1 bis 14 Jahren „in Zusammenwirken mit Kommunen“ heißt im Klartext: Auf Kosten der Kommunen.
- Schaffung von Kinder- und Familienstützpunkten. Wer zahlt?
- Zusätzliche Stellen im Kinder- und Jugendschutz. Wer zahlt?
- Ausbau sozialer Frühwarn- und Fördersysteme. Wer zahlt?
- Präventive Maßnahmen und aufsuchende Arbeit von Erziehungsberatungsstellen. Kommunen zahlen.

Trauerspiel Koalitionsvertrag 4: Keine Verbesserung der kommunalen Infrastruktur in Sicht, bis auf DSL.

Das besagt der CSU/FDP-Koalitionsvertrag:

- Ausbau schnellerer Internetverbindungen in ländlichen Regionen
- ohne konkrete Finanzierungszusagen.
- Die Förderung kommunaler Straßenbauprojekte wird nicht vorangetrieben.
- Bei der Tourismusförderung bleibt es bei bloßen Ankündigungen.
- Gefährdung der kommunalen Daseinsfürsorge.

Trauerspiel Koalitionsvertrag 5: Es ist nichts besser geworden.

Weder der Absturz der CSU noch der Eintritt der FDP in die Staatsregierung haben die Landespolitik kommunalfreundlicher gemacht.

Die Gesamtbewertung des Koalitionsvertrags:

1. Von der CSU/FDP-Koalition haben die Kommunen Bayerns nichts Positives zu erwarten.
2. Finanzielle Probleme werden weiter den Kommunen überlassen.
3. Notwendige Verbesserungen in den Bereichen Kinderbetreuung, Bildung, Infrastruktur gehen voll zu Lasten der Kommunen.
4. Das Konnexitätsprinzip bleibt eine bloße Worthülse.

Umdenken und Mängelliste abarbeiten: Die Forderungen der SPD-Landtagsfraktion.

Der jahrzehntelange Umgang Bayerns mit seinen Kommunen wird sich durch die CSU/FDP-Regierungskoalition nicht ändern. Das zeigt der Koalitionsvertrag.

Die SPD-Landtagsfraktion hat in zehn Politikbereichen Eckpunkte entwickelt:

Anforderungen an eine kommunalfreundliche Landespolitik.

Anforderung 1

Kommunale Finanzausstattung: Die Investitionskraft stärken.

Wir wollen

- die Finanzkraft der Kommunen stärken, die mehr als zwei Drittel der öffentlichen Investitionen tätigen.
- Hände weg von der Gewerbesteuer!
- die Verbundquote von derzeit unter 12 auf mindestens 15 Prozent erhöhen.
- den Kommunalanteil im Kfz-Steuer-Verbund von 51 wieder auf 65 Prozent anheben.
- ein 200 Millionen Euro-Konjunkturprogramm für den Bau und die Sanierung von Schulen (50 Mio. Euro), die Sanierung kommunaler Bäder (50 Mio. Euro) und die Krankenhausfinanzierung (100 Mio. Euro) auflegen.

Anforderung 2

Die Sparkassen gegen die Krise der Landesbank abschirmen.

Wir wollen

- die bayerischen Sparkassen gegen den fiskalischen Supergau bei der Landesbank (Rettungspaket mit 31 Milliarden Euro) abschirmen.
- die Änderung des Landesbankgesetzes für ein zukunftsfähiges Geschäftsmodell - keine Privatisierung der BayernLB.
- die Sicherung der Einlage der Sparkassen in die Landesbank in Höhe von 1,4 Milliarden Euro.
- Aufklärung der Schuld- und Haftungsfrage.

Anforderung 3

Hände weg von der kommunalen Daseinsvorsorge!

Wir wollen

- die Kommunen als Garanten in allen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge erhalten.
- im Bereich der Daseinsvorsorge die Kommunen vor Privatisierung und Liberalisierung schützen.
- die kommunale Daseinsvorsorge in der Entscheidung der Kommunen und nicht der EU.
- verbindliche Mindeststandards für alle Bereiche der Daseinsvorsorge schaffen, insbesondere in den Bereichen ÖPNV, Wasser, Kinderbetreuung, Schulen, Krankenhäuser.
- die Verstärkung der Landesmittel für den öffentlichen Wohnungsbau.

Anforderung 4

Bildung und Schule:

„Keiner darf verloren gehen.“

Wir wollen

- Wohnortnahe Bildungsangebote erhalten und eine dezentrale regionale Schullandschaft entwickeln.
- die bessere Schule: mehr Lehrer, kleinere Klassen, längere gemeinsame Schulzeit, individuelle Förderung, weniger Auslesedruck.
- den Rechtsanspruch für jedes Kind auf einen Platz in einer gebundenen Ganztagschule garantieren.
- ein Sonderinvestitionsprogramm des Landes für den bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagschulen auflegen.
- die vollständige Kostenübernahme für das Lehrpersonal und die Schülerbeförderung durch das Land.

Anforderung 5

Kinderbetreuung: Gute Chancen von Anfang an.

Wir wollen

- den Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Betreuungsplatz für jedes Kind ab dem ersten Geburtstag sicherstellen.
- die Kostenfreiheit der Kinderbetreuung in einer Ganztageseinrichtung durchsetzen, beginnend mit dem letzten Jahr vor der Einschulung.
- das Angebot insbesondere an Plätzen für Kinder unter drei Jahren deutlich erhöhen.
- die Kostenübernahme für mehr, besser ausgebildetes und besser bezahltes Personal durch das Land.

Anforderung 6

Nachhaltiges Wirtschaften: In Umwelt- und Klimaschutz investieren.

Wir wollen

- die Kommunen bei ihren Ideen und Projekten in den Bereichen Energiesparen, höhere Energieeffizienz, energetische Sanierungen und Einsatz erneuerbarer Energien mit Bundes- und Landesmitteln unterstützen.
- Finanzmittel für die Kommunen bereitstellen, um sie bei Energiebedarfs-, Potential- und Entwicklungsplänen auf kommunaler und regionaler Ebene zu unterstützen.
- staatliche Zuschüsse für den weiteren Aufbau und den Betrieb von Energieagenturen in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt gewähren.
- Hilfen des Freistaates bei den kommunalen Maßnahmen gegen Luftschadstoffe, Feinstaub, Lärm, Hochwasser und Grundwasserbelastungen geben.
- die Mittel des Landes für Dorferneuerung, Vertragsnaturschutz, Kulturlandschaftsprogramm und Ausgleichszahlungen deutlich aufstocken.

Anforderung 7

Gesundheits- und Krankenhausversorgung flächendeckend sicherstellen.

Wir wollen

- den Investitionsstau an Krankenhäusern durch deutliche Erhöhung der Landesmittel abbauen.
- ein Versorgungskonzept umsetzen, das ambulante und stationäre Versorgung verzahnt, um Engpässen entgegenzuwirken.
- die Notfallversorgung im ländlichen Raum sicherstellen und verbessern.
- die flächendeckende Pflegeberatung ohne Belastung der Kommunen.

Anforderung 8

Kultur und Sport als gemeinsame Aufgabe.

Wir wollen

- ein Sonderprogramm zur Sanierung kommunaler Bäder auflegen.
- die staatliche Unterstützung im kommunalen Denkmalschutz verstärken.
- den staatlichen Zuschuss für kommunale Musikschulen und Jugendkunstschulen mit angegliederten Kunstwerkstätten deutlich erhöhen.
- die Neuauflage des Förderprogramms „Freizeit und Erholung“.

Anforderung 9

Stärkung des ländlichen Raums.

Wir wollen

- die Infrastruktur und die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum aufrecht erhalten und verbessern.
- klare Zuständigkeiten für die Belange des ländlichen Raums schaffen.
- die regionale Wirtschaftsförderung deutlich verstärken.
- die Landwirtschaft als Rückgrat des ländlichen Raums z. B. durch neue Einkommensmöglichkeiten (Energie, Fremdenverkehr, Veredelung, Handwerk, Dienstleistungen) stärken.
- Breitbandanschlüsse rasch in die ländlichen Regionen bringen.

Anforderung 10

Breitband: Bayerns Regionen brauchen Anschluss.

Wir wollen

- die flächendeckende Anbindung aller bayerischen Regionen an das Breitband ohne Belastung der Kommunen (volle Kostenübernahme durch den Freistaat).
- eine kommunalfreundliche Finanzierung des Digitalfunks.
- den bürgerfreundlichen und barrierefreien Ausbau des E-Governments bei gleichzeitigem Angebot persönlicher Ansprechpartner.

Fazit:

- Bayern kann stolz sein auf seine Städte und Gemeinden, Landkreise und Bezirke. Sie verdienen es, dass sie gut behandelt werden. Sie am Gängelband zu führen, ist ebenso respektlos, wie sie von den notwendigen Finanzen abzuhängen.
- Mit unserer „Anforderungen an eine kommunalfreundliche Landespolitik“ haben wir Eckpunkte gesetzt. Wir haben nicht nur eine Mängelliste aufgestellt, sondern bieten Lösungsansätze vor allem für die aktuellen Herausforderungen infolge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Wir brauchen dringend Investitionsförderungen für unsere Kommunen und ihre Menschen.
- Damit haben wir die Grundlage für einen neuen Dialog geschaffen. Wir werden dabei aber nicht stehen bleiben, sondern die CSU, die FDP und die kommunalfeindliche Staatsregierung parlamentarisch stellen.

JA zu Bayerns Städten, Gemeinden und Landkreisen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.